Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 16 April 2011 in Husum

Reform und Transformation der Bundeswehr unter dem Aspekt der Aussetzung der Wehrpflicht

Einleitung

Die Bundeswehr musste sich in ihrer Geschichte immer wieder verändernden Bedingungen anpassen. Während des Ost-West-Konflikts war das Bedrohungspotenzial des Warschauer Pakts bestimmend für die Struktur der Bundeswehr. Nach dessen Ende wurde deshalb eine Grundreform der Bundeswehr notwendig. Dabei mussten anfangs die mögliche Restbedrohung aus dem osteuropäischen Raum und sich zunächst nur vage abzeichnende neue Aufgaben miteinander in Einklang gebracht werden. Der beginnende militärische Kampf gegen den Terror, als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 hat zu weiteren der Reformen geführt. Dabei ist man zu der Erkenntnis gelangt, dass es notwendig ist, die Strukturen der Bundeswehr ständig zu modernisieren, da das sicherheitspolitische Umfeld schnellen Wandlungen unterliegt. In dieser *Transformation* soll durch ständige Analyse und Bewertung aller entscheidenden Parameter eine Möglichkeit geschaffen werden, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr sicherzustellen und aufrecht zu erhalten.

Die Wehrpflicht hat in Deutschland eine über 200jährige Tradition. Die Aussetzung dieses konstitutiven Standbeins der Bundeswehr ist die bedeutendste verteidigungspolitische Reform seit der Wiederbewaffnung im Jahr 1955. Mit ihr gehen gleichermaßen Chancen wie Risiken einher, wobei sich neben der konkreten Sicherheitspolitik auch an das Selbstverständnis der Bundeswehr neue Fragen stellen.

Seit Ihrer Einführung folgt die Bundeswehr dem Prinzip der inneren Führung, hiernach sind Soldaten „Staatsbürger in Uniform“. Der Dienst an der Waffe ist mit einschneidenden Pflichten verbunden und steht in einem konstanten Spannungsverhältnis zu den individuellen Rechten des freien Bürgers. Die Werteordnung des Grundgesetzes prägt die entsprechende Führung und

wird damit dem freiheitlich-demokratischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gerecht.

Gemäß dieser Leitlinie darf die Schaffung einer Berufsarmee nicht zu einer Entfremdung der Bundeswehr von der Gesellschaft führen. Vielmehr muss die Bundeswehr, gerade wenn sich durch den Wegfall der Wehrdienstleistenden Nachwuchsprobleme ergeben, weiterhin einen engen Kontakt zur Bevölkerung suchen. Eine „Söldnertruppe“ bietet nicht nur die Gefahr einer niedrigeren Hemmschwelle militärischer Einsätze, sondern ist auch mit den grundgesetzlich nach wie vor bestehenden Prinzipien einer Wehrpflichtarmee nicht vereinbar.[1]

Die finanzielle Situation der Bundeswehr

Die Bundeswehr finanziert sich durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt[2]. Im November 2010 wurde der Haushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Die Gesamtausgaben (Soll) des Bundeshaushalts 2011 betragen 305,8 Mrd. €. Davon sind 31,55 Mrd. € für den Verteidigungshaushalt vorgesehen und nehmen 10,3 Prozent des Gesamtetats in Anspruch.[3] Der Verteidigungshaushalt wurde damit gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 um 438 Mio. € erhöht. Der Verteidigungshaushalt soll im Zuge der Haushaltskonsolidierung von 2012 bis zum Jahr 2015 um 1,12 Mrd. € gesenkt werden, dies entspricht 3,55 Prozent. Da der Bundeshaushalt der Verteidigung 2011 gegenüber 2010 großzügig erhöht wurde, bedeuten die Sparziele verglichen mit 2010 Einsparungen in Höhe von rund 682 Mio. €, dies entspricht einer Senkung des Etats von lediglich 2,2 Prozent. Zum Beispiel wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in den Jahren 2012-2015 rund 6,3 Prozent einsparen müssen, und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales rund 4 Prozent. Wenige Ministerien dürfen die Ausgaben steigern, diese Steigerungen fallen jedoch sehr gering aus. Eine Ausnahme bildet das Bundesministerium für Bildung und Forschung für das Mehrausgaben in Höhe von 19 Prozent geplant sind.

[1] Zum Vertiefen und besseren Verständnis der folgenden Abschnitte empfiehlt die Kommission zu lesen: http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/48/Beilage/index.html

[2] Mit Ausnahme von Verwaltungseinnahmen und übrigen Einnahmen in Höhe von 223 Mio. €; Entspricht 0,007 % des Gesamthaushalts

[3] Siehe: Bundeshaushaltsplanung 2011: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/025/1702500.pdf
Lesehilfe für das Verständnis von öffentlichen Haushalten: http://www2.fh-gelsenkirchen.de/FH-Sites/fachbereiche/fileadmin/39/Vergaberecht/Haushaltsrecht.pdf

Der Haushaltsplan des Bundesministeriums der Verteidigung ist untergliedert in drei große Ausgabenpositionen.[4]

(a) Ausgaben für das Personal haben einen Anteil von rund 52 Prozent am Verteidigungshaushalt, dies entspricht 16,53 Mrd. €.

(b) Sächliche Verwaltungsausgaben nehmen einen Anteil von rund 13 Prozent des Verteidigungshaushalts ein, dies entspricht rund 4,2 Mrd. €.

(c) Militärische Beschaffungen und Anlagen entsprechen einem Anteil von rund 33 Prozent am Verteidigungshaushalt, dies sind 10,43 Mrd. €.[5] Auf die Beschaffung neuer Rüstungsgüter entfallen 5,24 Mrd. €, auf die Wehrforschung 803 Mio. €, die Materialerhaltung beansprucht 3,35 Mrd. €. und die Pflege militärischer Anlagen 860 Mio. €.

Die von dem damaligen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg eingesetzte Strukturkommission der Bundeswehr hat im Oktober 2010 ihren Bericht vorgelegt. Laut der Kommission sei es nicht Ziel, die Bundeswehr neu zu erfinden. Vielmehr ginge es darum, Schnittstellen und Zuständigkeitsüberlappungen ausfindig zu machen und vorhandene Strukturen effizienter zu gestalten.[6] Die vorlegende Kommission analysiert die Strukturen und Arbeitsabläufe der Bundeswehr. Ziele der Bundeswehrstrukturreform sind:

(a) Mit Hilfe einer Neu-/ Umgestaltung der Arbeitsabläufe sollen effizientere Strukturen entstehen. Dies reduziert den benötigten Arbeitsaufwand und führt, durch verringerten Zeitaufwand, zu Kosteneinsparungen.

(b) die Schaffung einer schnell zu mobilisierenden Einsatztruppe für internationale Friedenseinsätze.[7]

Der Verteidigungshaushalt soll u.a. über eine Verkleinerung der Truppe eingespart werden. Momentan umfasst die Bundeswehr rund 258.000 Soldaten.[8] Die Wehrpflicht wird ab Mitte 2011 ausgesetzt, dadurch entfallen Sold und die Kosten der Ausbildung.

---

[4] Siehe: Bundeshaushaltsplanung 2011; Seite 1992
Alternativ: Bundeshaushaltsplanung 2011, Einzelplan 14, Bundesministerium der Verteidigung; Seite 115
http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NmE2OTM3MzAzMzMxNmUyMDIwMjAyMDIw/epl14.pdf

[5] Die verbleibenden zwei Prozent sind auf Rundungsfehler und in diesem Papier vernachlässigte Sonderposten zurückzuführen.

[6] www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BMVg/2010/04/2010-12-04-Strukturkommission.html

[7] Siehe: Weißbuch zur Sicherheitspolitik: Selbe Quelle wie Fußnote 6.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

1) die Aussetzung der Wehrpflicht ab Juli 2011 durchzuführen und beizubehalten.

2) die durch Personalabbau gegebenenfalls verursachten Einsparungen zu gleichen Teilen in

   (a) die Ausrüstung der Soldaten,

   (b) Aufstockung für die Gewinnung von qualifizierterem Personal,

   (c) Rückführung an den Bundeshaushalt zu nutzen.

3) Die zusätzlich durch den Auslandseinsatz verursachten Kosten werden durch den Bund getragen und nicht mit den durch die Reform erwarteten Einsparungen finanziert. Im Bundeshaushalt ist ein separater Posten für die Finanzierung der Auslandseinsätze einzuführen.

Einsatz weltweit: Herausforderungen an Logistik und Personal

Als rohstoffarmes Land ist die Volkswirtschaft Deutschland in hohem Maße auf den Import von Rohstoffen angewiesen. Weiterhin ergibt sich durch die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft eine große Abhängigkeit vom internationalen Handel. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich der daraus abgeleiteten internationalen Verantwortung bekennen und auch danach handeln.

Internationale Einsätze sind kostenaufwendig und stellen eine große Herausforderung an Planung und Logistik dar und sind in aller Regel mit Gefahren um Gesundheit und Leben unserer Soldaten verbunden. Deutsche Soldaten sollen nur die beste Ausrüstung erhalten und die beste Ausbildung erfahren, um sie vorbereitet in den Auslandseinsatz zu entsenden. Die Rüstungsindustrie muss darauf achten, einsatztaktisch abgestimmte und ökonomisch vertretbare Lösungen zu entwickeln. Zu lange Zeiträume (in Entwicklung, Beschaffung und Produktion und Bürokratie) sind in der Beschaffung von Rüstungsgütern zu reduzieren. Praktikable, einsatztaugliche und flexible Alternativen sollten auch im internationalen Wettbewerb bestehen können. Rüstungspolitik darf nicht zu verdeckter Subvention der heimischen Rüstungsindustrie führen, daher müssen bei technischer und wirtschaftlicher Vorteilhaftigkeit auch Beschaffungen auf dem internationalen Rüstungsmarkt erfolgen.

[8] Siehe: Bundeshaushaltsplanung 2011; Seite 2002
Alternativ: Bundeshaushaltsplanung 2011, Einzelplan 14, Bundesministerium der Verteidigung; Seite 125

Gleichfalls ist im logistischen Bereich darauf zu achten, dass Synergieeffekte mit internationalen Bündnispartnern ausgeschöpft werden. Die Auslandsausbildung von Soldaten und deren Vorbereitung muss den Gegebenheiten für den Einsatz angemessen sein. Ein schnellstmöglicher Einsatz effizienter Rüstungsgüter vor allem im Bereich der gepanzerten Fahrzeuge sowie des Körperschutzes ist grundsätzlich zu begrüßen. Im Interesse einer fehlerfreien Handhabung auch in Stresssituationen ist hierbei zugleich auf eine zügige Beschaffung für die Ausbildung hinzuwirken.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

4) dass sich Deutschland zu seiner internationalen Verantwortung im Bereich der Sicherheitspolitik bekennt.

5) die europäische Rüstungsindustrie dazu auf, sich an veränderte Bedingungen adäquat anzupassen, gegebenenfalls muss auf vergleichbare Rüstungsgüter zurückgegriffen werden.

6) Synergieeffekte im logistischen Bereich vollständig zu nutzen und dass die bestehenden Kooperationen in der Ausbildung ausgebaut werden.

7) die Ausbildung von deutschen Soldaten, die sich auf einen Auslandseinsatz vorbereiten, zu optimieren und den Gegebenheiten des zukünftigen Einsatzgebietes direkt anzupassen.

Zukunftsfrage Nachwuchsgewinnung

Mit der Wehrpflicht entfällt für die Bundeswehr der wichtigste Aspekt der Nachwuchsgewinnung. Jahrzehntelang beneideten ausländische Berufsarmeen die deutschen Streitkräfte um das enorme Werbepotential des Pflichtdienstes. Hierbei wurde der Bundeswehr auch ein vergleichbar hoher Anteil an Soldaten mit Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung attestiert. Die Bundeswehr ist bis heute ein Querschnitt der Gesellschaft und darf nicht allein Perspektive für Menschen mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden. Um Verstärkt auch Abiturienten gewinnen zu können muss ein freiwilliger Dienst nach dem Beispiel der freiwillig länger Dienenden von bis zu zwei Jahren angeboten werden, bei dem Abiturienten die doppelte Zahl an Wartesemestern für ihr Studium erreichen können.

Um diese Stärke zu bewahren, muss das BMVg seine Anstrengungen im Bereich der Nachwuchsgewinnung künftig spürbar erhöhen. Neben einer Intensivierung von Werbeaktionen in den klassischen Medien sollte die Bundeswehr hierbei auch ihre Online-Präsenz weiter ausbauen. Mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr hat sich ein weiteres Mittel speziell bei der Ansprache von Schülern bewährt. Die bisherige Anzahl an Jugendoffizieren ist für ein flächendeckendes Angebot jedoch nicht ausreichend.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

8) die Zahl der Jugendoffiziere zu erhöhen. Anders als durch die bisherige, vor allem auf Information ausgerichtete Arbeit, sollen die Jugendoffiziere gezielt Schüler in Abschlussklassen auf eine berufliche Zukunft in der Bundeswehr ansprechen. Parallel sollte die Notwendigkeit der Bundeswehr dargestellt werden, um an die Verantwortung der Jugendlichen zu appellieren.

9) die Einrichtung von militärischen Vorschulen, vergleichbar dem *ÉcoleMilitaire* der französischen Armee, zu prüfen, um interessierten jungen Menschen bereits einen frühen Einblick in die militärische Laufbahn zu ermöglichen.

10) ein einmonatiges gemeinnütziges Pflichtpraktikum vor oder nach dem Schulabschluss, das bei caritativen Einrichtungen, Einrichtungen des Katastrophenschutzes (Feuerwehr, THW) oder der Bundeswehr abgeleistet werden kann.

11) eine Überprüfung der Besoldung aller Dienst- und Verwendungsgrade. Insbesondere im Bereich der Kommandoeinheiten müssen die teils extremen persönlichen Opfer eine erhöhte finanzielle Anerkennung erfahren.

Die Karriere in der Bundeswehr, insbesondere die Offizierslaufbahn, erfordern heutzutage ein hohes Maß an räumlicher Flexibilität.

Dazu zählen nicht nur weltweite Auslandseinsätze, sondern auch die Verwendung der Soldaten in ihrer Heimat kann funktions- und aufgabenbezogen in Kasernenstandorten innerhalb der ganzen Bundesrepublik erfolgen und sich auch in kurzfristigen Abständen ändern.

Da für die Lebensplanung junger Soldaten ein familienfreundlicher Dienst stärker denn je entscheidend ist, muss, dem Modell der freien Wirtschaft folgend, auch in der Bundeswehr die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, nicht zuletzt um die Streitkräfte als modernen Arbeitgeber zu organisieren. Auf familienbezogene Aspekte sollte bei der Standort- und Verwendungsplanung besondere Rücksicht genommen werden.

Zu prüfen ist außerdem, ob man in der Nähe von Kasernen und militärische Einrichtungen, zivile Wohnkomplexe der Bundeswehr einrichtet (ähnlich dem Vorbild der US-Streitkräfte), in denen die Soldaten auch kurzfristig mit ihren Angehörigen in der Nähe ihres Tätigkeitsortes eine Zeit lang wohnen können.

Die Bundeswehr muss daher

12) den bisherigen Dienst in der jeweiligen Verwendung auf seine Vereinbarkeit mit einer Familiengründung hin untersuchen. Das Angebot an Kinderbetreuung und Familienberatung ist ggf. auszubauen.

Die Rolle der Reservisten und die Aufgabenabgrenzung der Bundeswehr zum zivilen Katastrophenschutz

Seit Bestehen der Bundeswehr im Jahr 1955 spielt die Reserve eine tragende Rolle. Sie dient hauptsächlich der Unterstützung der regulären Bundeswehreinheiten im Verteidigungsfall. Somit konnte die Truppenstärke vervierfacht werden. Alle Reservisten sind ehemalige Wehrpflichtige, Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten außer Dienst, die sich freiwillig dazu bereiterklärt haben im Anschluss an ihre Dienstzeit weiterhin an Reserveübungen teilzunehmen. Die freiwilligen Reservisten sind in der Regel im deutschen Reservistenverband organisiert und werden durch diesen vertreten. Zusätzlich nehmen viele Reservisten einen regulären Dienstposten in der Bundeswehr wahr. Damit erledigen sie eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe in der Repräsentation der Bundeswehr vor Ort. Unter anderem werden Spendensammlungen der deutschen Kriegsgräberfürsorge durch diese Verbände organisiert. Zusätzlich dienen Reservisten auch als wichtiges Bindeglied zwischen ihren Arbeitgebern und der Bundeswehr. Sie halten fortan auch eine wichtige Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr aufrecht. Im Umstrukturierungsprozess der Bundeswehr bedarf es einer Neuregelung und Aufstellung von Reservisten, hierbei sollte darauf geachtet werden, dass die Qualifikation und technische Ausrüstung bspw. in Katastrophenszenarien mit eingesetzt werden kann. Eine sich stetig verkleinernde Bundeswehr wäre somit in der Lage wichtige Kompetenzen auszulagern. Dieses kann nur durch Bereitstellung von Räumlichkeiten in Kasernen oder anderweitigen Objekten umgesetzt werden. Gleichfalls wäre eine Erweiterung um einen

gesonderten Fuhrpark und nicht waffenfähiges Material möglich. Kooperationen und gemeinsame Übungen mit anderen Organisationen (THW, DRK, etc.) würden dadurch ebenso ermöglicht, wie die direkte Teilhabe der Reservisten an der sich stetig verändernden Ausstattung der Bundeswehr. Grundlegende neue Ideen und Perspektiven sollten in einem Reservistenkonzept zur neuen Aufstellung der Bundeswehr erarbeitet und diskutiert werden, damit eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden kann.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

14) eine verstärkte Reservistenarbeit durch das BMVg und bessere Einbindung nach Ausscheiden aus dem Dienst.

15) 15. die Übergabe von frei gewordenen Räumlichkeiten, Fahrzeugen, Gerät und nicht waffenfähigem Material an den zivilen Katastrophenschutz zur Stärkung dessen und die Förderung der Eingliederung von ehemaligen Soldaten, die nicht der aktiven Reserve angehören, in diese nicht-militärischen Organisationen.

16) eine angepasste und qualitativ optimierte Ausbildung im Rahmen der Bundeswehr. Aufgrund des gestiegen Spezialisierungsgrades der Bundeswehr sollte die interne Ausbildung innerhalb der Reservisten ausgebaut werden.

17) Neue Ideen und Konzepte sollten in einem nachhaltigen Umstrukturierungsprozess festgehalten werden, damit Reservisten auch in Zukunft eine vernünftige Arbeitsgrundlage angeboten werden kann und als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft erhalten bleiben.

Europäisches Verteidigungskonzept (ablehnend)

Die Schaffung eines europäischen Verteidigungskonzepts ist abzulehnen. Zwar können moderne Armeen angesichts der Kostenexplosionen bei Rüstungsgütern in einem nationalen Rahmen nicht das gesamte Kompetenzspektrum abdecken, ein gemeinsames Konzept würde jedoch neben der sinnvollen und teils bereits vorgenommenen Abstimmung in den Bereichen Entwicklung und Beschaffung eine gemeinsame Organisation und Führung sowie einheitliche Einsatzrichtlinien voraussetzen.

Wie die Divergenz an Standpunkten europäischer Regierungen im Vorfeld des Irakkrieges 2003 zeigte, ist die Europäische Union von einer einheitlichen Außenpolitik weit entfernt und auch

die Bildung eines *Europäischen Auswärtigen Dienstes* im Rahmen des Lissaboner Vertrages vermag nichts an der faktischen Vollsouveränität der Nationalstaaten im Bereich der Außenpolitik zu ändern. Wenn schon eine gemeinsame Willensbildung der europäischen Mitgliedsländer nicht möglich ist, so würde die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungskonzepts bei gleichzeitiger Reduzierung der Fähigkeiten nationaler Armeen in Krisensituationen einer Handlungsunfähigkeit gleichkommen.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

18) die Bundeswehr auch weiterhin als eine nationale, vollumfängliche Armee vorzuhalten. Eine Europäisierung der Verteidigungspolitik würde nicht zuletzt in Konkurrenz zur NATO treten und das transatlantische Verhältnis ernsthaft gefährden. Militärische Kooperationen sollten daher im bilateralen, europäischen und NATO-Verbund erfolgen, die Aufstellung und die daraus resultierenden Fähigkeiten der Bundeswehr jedoch unberührt lassen.